



21. AUGUST 2023

MEDIENKONFERENZ GRÜNE KANTON BERN

«NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2023»

AUF IN DIE KLIMAWAHL 2023

Brigitte Hilty Haller, Co-Präsidentin GRÜNE Kanton Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Anwesende, liebe Medienschaffende,

Es freut mich, dass Sie zu unserer Medienkonferenz zum Wahlkampfauftakt der GRÜNEN Kanton Bern erschienen sind. Mein Name ist Brigitte Hilty Haller, ich bin Co-Präsidentin der GRÜNEN Kanton Bern. An meiner Seite sind: unser Ständeratskandidat Bernhard Pulver, unser Spitzenquintett für den Nationalrat mit Aline Trede, Fraktionspräsidentin der GRÜNEN im Bundeshaus, den Nationalrät*innen Kilian Baumann, Christine Badertscher und Natalie Imboden, sowie Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz.

Wir befinden uns heute im Alpinen Museum, und das kommt nicht von ungefähr. Unsere Berge, unsere Alpen stehen für Beständigkeit und Schutz, sie sind ein Wahrzeichen und ein gerne gesehenes, touristisches Fotosujet. Unsere Berge sind unser Wasserschloss: ewiger Schnee, Gletscher, Bergbäche und Flüsse und eine fast unbegrenzte Masse an klarem Wasser. Aber leider ist dem nicht mehr so.

Dieser Sommer führt uns wiederholt exemplarisch die Folgen des Klimawandels vor Augen: Hitze, Trockenheit und Waldbrände, dann wieder sintflutartige Regenfälle und orkanartige Gewitter. Unsere Gletscher gehen zurück, Jahr für Jahr. Der Permafrost taut, Bergstürze sind häufiger. Wir stecken in der Klimakrise. Wir können den Klimawandel nicht stoppen, aber deutlich verlangsamen, wenn wir endlich handeln und die Prioritäten richtig setzen.

Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimaerhitzung erlebt und die letzte, die verhindern kann, dass es noch schlimmer wird. Die Wahlen 2023 markieren denn auch den Beginn einer Schlüssellegislatur für das Klima. Wir haben jetzt noch die Möglichkeit, unsere Zukunft selbst zu gestalten und auf ein nachhaltiges Fundament zu stellen.

Wir GRÜNE machen nicht nur seit Jahren auf die Klimaveränderungen aufmerksam, nein, wir haben gezeigt, dass wir Lösungen haben und handeln. Der Klimawandel ist und bleibt unser Kernthema, das Klima ist unsere DNA. Die Annahme des Klimaschutzgesetzes vom 18. Juni hat Mut gemacht und stimmt positiv, dass ein Umdenken stattfindet. Dies gibt uns Mut, weiterzukämpfen. Die GRÜNEN haben in ihrer Agenda 2023-2027 festgelegt, was wir in den nächsten vier Jahren im Bundeshaus umsetzen wollen, damit die Legislatur zum Wendepunkt wird. «Für ein gesundes Klima und eine intakte Umwelt», «für Solidarität, Chancengleichheit und eine offene Gesellschaft», «für eine nachhaltige und faire Wirtschaft», dafür setzen wir GRÜNEN uns ein. Aber dies, liebe



Medienschaffende können Sie auch der Webseite der GRÜNE Schweiz entnehmen, dafür sind Sie nicht hergekommen.

Wir GRÜNE Kanton Bern treten zusammen mit zwei Listen der Jungen Grünen an und wollen als drittstärkste Kraft eine klimaverträgliche Gesellschaft gestalten. Zusammen mit einer junggrünen Kandidatur, den vier bisherigen Nationalrät*innen und einer grünen Ständeratskandidatur sind wir motiviert, die klimafreundlichen Kräfte sowohl im National- als auch im Ständerat zu stärken. Es braucht uns GRÜNE, mehr denn je.

Gerne gebe ich nun das Wort an unsere Spitzenkandidat*innen für den Nationalrat und Bernhard Pulver weiter. Sie zeigen Ihnen heute anhand einiger zentralen Themen aus unserer Agenda 2023-2027 auf, wo unsere Forderungen und Lösungsansätze für die kommende Legislatur liegen.

Im Anschluss stehen wir Ihnen selbstverständlich für Fragen und individuelle Gespräche zur Verfügung.



OHNE KLIMAFREUNDLICHE MOBILITÄT UND NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT KEINE LEBENSWERTE ZUKUNFT

Kilian Baumann, Nationalrat

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende,

Die Klimakrise ist jetzt. Wir sehen ihre Folgen überall, sie sind längst in unserem Alltag angekommen – und sie werden immer schlimmer: Hitzewellen, Dürrekrisen, extreme Unwetter mit Starkregen, Hagel und Stürmen. Die mit der Klimakrise einhergehende Verknappung der natürlichen Ressourcen verursacht weltweit tiefgreifende Wirtschafts-, Sicherheits- und Friedensprobleme.

Noch können wir das Schlimmste verhindern. Dafür müssen wir dringend die Klimaerhitzung bremsen und die Zunahme von Treibhausgasen in der Atmosphäre begrenzen. Gleichzeitig müssen wir Massnahmen ergreifen, um uns an die jetzt schon spürbaren Folgen der Klimakrise anzupassen.

Leiser und unauffälliger als die Klimakrise, aber damit verbunden und mit ebenso gravierenden Konsequenzen ist der fortschreitende Biodiversitätsverlust. In der Schweiz ist der Verlust der Artenvielfalt besonders gravierend: die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Arten sind bedroht. Die Folgen dieses Verlusts sind verheerend, denn nur eine gesunde Umwelt kann uns ernähren und uns bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen.

Um der Klimakrise und dem Biodiversitätsverlust zu begegnen, wollen wir GRÜNE in der nächsten Legislatur ein neues, ambitionierteres CO₂-Gesetz erarbeiten und das Ziel einer klimapositiven Schweiz ab 2040 rechtlich verankern.

Um diesen Effort beim Klimaschutz zu ermöglichen, schaffen wir mit dem Klimafonds einen Green New Deal für die Schweiz, mit dem der Bund jährlich bis zu 1% des Bruttoinlandprodukts in die ökologische Wende und die Stärkung der Artenvielfalt investiert. Die Zahl der gefährdeten Arten soll in den nächsten 10 Jahren halbiert werden. Gewässer sollen renaturiert und die natürlichen und naturnahen Lebensräume besser vernetzt werden

Die Klimakrise und auch der Biodiversitätsverlust sind umfassend und betreffen alle Bereiche des Zusammenlebens und damit alle Bereiche der Politik. Änderungen, Anpassungen und auch Investitionen wird es darum in allen Bereichen brauchen: vom Wohnen, der Ernährung und der Mobilität über die Industrie und die Landwirtschaft bis hin zu einer Neuordnung unseres Finanzplatzes.

Auf die Bereiche Verkehr und Mobilität sowie Landwirtschaft und Ernährung werde ich im Folgenden etwas genauer eingehen:

Verkehr und Mobilität

Der Verkehr ist in der Schweiz der grösste Klimasünder. Während die Klimabelastung in allen anderen Bereichen sinkt, zeigen sich bei der Mobilität nur geringe Fortschritte. Entsprechend gross ist der



Handlungsbedarf in diesem Bereich. Unnötiger Verkehr muss vermieden werden und der verbleibende Individualverkehr sowie der Gütertransport müssen intelligent und umweltverträglich organisiert werden.

Wir GRÜNE setzen uns dabei für einen klimaneutralen, energieeffizienten und umweltfreundlichen Fahrzeugpark mit kleinen und leichten Fahrzeugen ein. Der Güterverkehr muss soweit möglich auf die Schiene verlagert und die Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr verbessert werden. Und das Angebot des öffentlichen Verkehrs soll ausgebaut werden, insbesondere in den ländlichen Regionen.

Einen weiteren Ausbau der Strasseninfrastruktur gilt es zu verhindern. Mehr und grössere Strassen ziehen nur zusätzlichen Verkehr nach sich – wird ein Flaschenhals beseitigt, staut sich der Verkehr einfach an der nächsten Engstelle. Mehr und grössere Strassen bedeuten nicht nur mehr Verkehr und damit mehr CO₂-Ausstoss, sondern immer auch Verlust an Kulturland und eine weitere Fragmentierung der Ökosysteme. Diese Debatte kennen wir aktuell im Kanton Bern sehr gut: Wir GRÜNE werden uns auf allen Ebenen entschieden gegen den rückwärtsgewandten Ausbau der Autobahn im Wankdorf engagieren.

Landwirtschaft und Ernährung

Wie der Verkehr haben auch die Landwirtschaft und die Ernährung einen grossen Einfluss auf die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust. Auch hier ist der Handlungsbedarf entsprechend gross.

Mit den beschlossenen Massnahmen für sauberes Trinkwasser und eine nachhaltigere Landwirtschaft konnte in der vergangenen Legislatur viel erreicht werden. Der Einsatz von Pestiziden sowie die Nährstoffüberschüsse sollen in den nächsten Jahren markant reduziert werden, was die Lage in Gebieten mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung wie dem Seeland merklich entspannen wird. Die Nitratwerte im Grundwasser sowie die darin nachgewiesenen Rückstände von Pestiziden dürften langsam zurückgehen.

Dennoch bleibt der Handlungsbedarf gross und er betrifft nicht nur die Landwirtschaft. Auch die Konsumentinnen und Konsumenten müssen in die Pflicht genommen werden und ihren Teil zu einer nachhaltigeren Land- und Ernährungswirtschaft beitragen. Grüne Agrarpolitik ist darum immer auch grüne Ernährungspolitik: Klimaschutz und Biodiversitätsförderung müssen über die ganze Wertschöpfungskette von der Heu- bis zur Essgabel gedacht und gemacht werden.

Wir GRÜNE werden deshalb in der kommenden Legislatur die Ausarbeitung der nächsten Agrarreform kritisch begleiten und darum besorgt sein, dass die vom Bundesrat versprochenen Massnahmen zur Förderung eines nachhaltigen und gesunden Konsums nicht toter Buchstabe bleiben. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen über die ökologischen und gesundheitlichen Folgen ihrer Ernährung informiert und für einen nachhaltigen Konsum sensibilisiert werden.

Gleichzeitig soll verhindert werden, dass billige Importe, die nicht unseren Nachhaltigkeitskriterien entsprechen, die Bemühungen der Produzentinnen und Produzenten im Inland unterlaufen und sie wirtschaftlich unter Druck setzen.



Darum werden wir GRÜNE uns für eine neue Zollpolitik einsetzen, die die landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz schützt und gleichzeitig dafür sorgt, dass nachhaltig produzierte Agrargüter einen erleichterten Zugang zu unseren Märkten erhalten. Damit unterstützen wir die Schweizer Landwirtschaft und sorgen für eine nachhaltigere Produktion von Lebensmitteln im In- und Ausland.



DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR

Aline Trede, Fraktionspräsidentin GRÜNE Schweiz, Nationalrätin

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende,

Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass die Abhängigkeit fossiler Energien nicht nur ein klimapolitisches Problem, sondern auch ein sicherheitspolitisches Problem ist. Fossile Energien sind oftmals nur in autokratischen Staaten vorhanden, was uns abhängig macht. Dies war aber auch der Auslöser für grössere Veränderungen.

Die nationale Politik hat im letzten Jahr wichtige Entscheidungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien getroffen, zum Teil im Schnellverfahren. Dies ist für politische Entscheidungen ungewöhnlich, aber auch nötig. Die Schweiz hat bewiesen, dass sie schnell reagieren kann – wenn sie denn will. Diese Schnellentscheidungen bergen jedoch die Gefahr, dass andere Bereiche leiden könnten, dies sehen wir an der Diskussion Biodiversität vs. erneuerbare Energien. Diese Diskussion ist völlig unnötig und wäre mit einer etwas vorausschauenderen Politik, wie wir GRÜNE das seit jeher fordern, kein Thema. Da wird es wichtig sein, dass mit Sorgfalt gearbeitet wird.

Das JA zum Klimaschutzgesetz war ein wichtiger Schritt Richtung Netto-Null-Ziel, jetzt müssen wir aber die Massnahmen dazu ergreifen und dieses Ziel umsetzen. Und es gibt noch einige offene Punkte. Aussen vor gelassen wurde bis jetzt der ganze Mobilitätssektor und der Finanzplatz. Mit beiden Themenfelder werden uns in der nächsten Legislatur beschäftigen müssen, denn beide Bereiche zusammen tragen weit über 50% des CO₂-Ausstosses der Schweiz bei und diesen müssen wir auf 0 setzen.

Der Greenpeace-Bericht «Klimaschädliche Geschäfte» zeigte im Jahr 2020 auf, dass allein die beiden Grossbanken UBS und CS seit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens (2015) mit der Finanzierung von Unternehmen in der Kohle-, Öl- und Gasbranche mehr Treibhausgasemissionen ermöglicht haben, als die ganze Schweiz im Inland ausgestossen hat. Wir gehen jetzt nicht davon aus, dass die Fusion dieser Banken daran etwas ändern wird. Und wir sprechen hier von Billionen, die in fossile Energien gehen, das muss schleunigst gestoppt werden.

Weitere Schritte müssen auch bezüglich des Ausbaus der Solarenergie gemacht werden. Hat doch die ständerätliche Umweltkommission die Solarpflicht aus dem Mantelerlass gestrichen. Die GRÜNEN Schweiz planen eine Solar-Initiative, analog der erfolgreichen Vorlage der Berner GRÜNEN. Die Solarenergie ist für die Schweiz die wichtigste Energiequelle und bildet, im Zusammenhang mit der Wasserkraft, das Rückgrat der Energieversorgung.



FÜR EINE STEUERPOLITIK MIT GLOBALER VERANTWORTUNG

Christine Badertscher, Nationalrätin

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende,

Die Welt steht vor einem ökologischen und sozialen Wendepunkt. Sieben Jahre vor dem Auslaufen der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, den SDGs, sieht es nicht gut aus. Und nun wird in zwei Monaten das letzte Schweizer Parlament gewählt, welches noch massgeblich die Bestrebungen der Schweiz, diese Ziele zu erreichen, beeinflussen kann.

Die Fragen, die sich diesbezüglich stellen, könnten grundsätzlich nicht sein. Wie kann diese Welt ein gutes und lebenswertes Zuhause für uns alle bieten? Und wie können wir ein gutes Leben im Einklang mit der Umwelt ermöglichen? Die Relevanz und Dringlichkeit dieser Fragen haben mich seit jeher dazu motiviert, mich bei den GRÜNEN zu engagieren. Einst im Gemeinderat von Madiswil – heute als Nationalrätin für die Bevölkerung des Kantons Bern.

Die Erreichung der 17 SDGs der Agenda 2030 wird in einer zunehmend fragilen geopolitischen Lage eine grosse Herausforderung. Die aktuelle Weltlage zeigt klar, dass die Zeit von Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer längst abgelaufen ist. Wir müssen gemeinsam handeln, um ein nachhaltiges globales System aufzubauen und zu erhalten, welches Mensch und Umwelt schützt.

Folglich sind ein verstärktes Engagement in internationalen Gremien und Organisationen – jedoch auch eine Weiterführung und Stärkung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit – wichtige Ansatzpunkte, um eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu schaffen. Dies bedeutet, dass insbesondere in konfliktreichen und klimatisch zunehmend herausfordernden Zeiten diese bewährten Achsen der Schweizer Aussenpolitik gestärkt werden müssen. Doch die Budgets werden gekürzt, da immer mehr Investitionen, für welche sich die Schweiz vertraglich verpflichtet hat, über das Budget der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden müssen. So verlieren etwa die Länder im globalen Süden durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gleich doppelt. Durch die durch den Krieg angetriebene Inflation wird die Armut immer grösser – und die Schweiz zieht das Budget für den Wiederaufbau der Ukraine von der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit ab.

Dies ist einem Staat, der sein Wohlstand stark auf einem Aussenhandelssystem aufgebaut hat, und damit eng mit der ganzen Welt verflochten ist, nicht würdig. Weder Kaffee noch Kakao wird in der Schweiz geerntet, noch wird im grossen Stile Gold abgebaut. Doch die Schweiz profitiert enorm von der Veredelung solcher Produkte. Dies ist nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, doch müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden, und uns für gerechtere Handelsbedingungen einsetzen und durch die Entwicklungszusammenarbeit die Wertschöpfungsketten im Globalen Süden stärken. Für uns GRÜNE ist klar: Wir brauchen Fairness, Transparenz und Nachhaltigkeit auf den globalisierten Märkten.



Sie sehen, wir haben viel vor. Doch die Herausforderungen sind auch grösser denn je. Um diese vielschichtigen Engagements zu finanzieren, muss die Schweiz ihre Steuerpolitik überdenken. So haben die vielen russischen Oligarchengelder auf Schweizer Bankkonten einmal mehr gezeigt, dass die Schweiz noch immer ein Paradies für zwielichtige Steueroptimiererinnen und Steueroptimierer ist. Zudem finanziert der Schweizer Finanzplatz immer noch in klimaschädlichen Investitionen weltweit. Damit muss endlich Schluss sein – schliesslich schadet dieser klimablinde Steuerwettbewerb und die Finanzpolitik nicht nur unseren Partnerländern weltweit, sondern auch unserer Reputation.



KLIMASCHUTZ GELINGT DANK FAIREN MIETEN, GUTEN JOBS UND FAIREN RENTEN

Natalie Imboden, Nationalrätin

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende,

Seit ihrer Gründung vor 40 Jahren setzen sich die GRÜNEN als gesellschaftlich progressive Kraft für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft ein, welche den sozialen Ausgleich und die Menschen ins Zentrum der Politik stellt und Diskriminierungen entschlossen bekämpft. Die notwendige Transformation der Gesellschaft für die grosse Aufgabe des Klimaschutzes erreichen wir am besten, wenn wir über «Wohlstand, Infrastruktur, Jobs» sprechen. Gute Lebensbedingungen in einer intakten Umwelt für alle Menschen stehen im Zentrum grüner Politik. Dafür haben wir GRÜNEN Lösungen für die Legislatur 2023 – 2027:

Vielfältige Nachbarschaften mit bezahlbaren Mieten

Die Mieten steigen und steigen ungebremst. Für immer mehr Menschen ist es schwierig eine bezahlbare Wohnung zu finden. Hier braucht es Gegensteuer. So muss die Raumplanung sorgsam mit dem knappen und wertvollen Boden umgehen. Darum sollen attraktive Quartiere und Nachbarschaften mit kurzen Wegen entstehen. Die GRÜNEN fordern u.a.:

- Priorisierung des gemeinnützigen Wohnungsbaus mit Wohnbaugenossenschaften und Vorkaufsrechte für Gemeinden (wie sie auch der Städteverband fordert).
- Stärkung des Mietrechts mit Transparenz bei den Anfangsmieten (z.B. Berner Miet-Initiative), Kündigungsschutz bei Sanierungen. Einführung einer Mietpreiskontrolle und Begrenzung überhöhter Renditen.
- Weiterbauen im Bestand und eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft beim Bauen und Sanieren. Energetische Sanierungen, aber nicht zu Lasten der Mietenden.

Klimaindustriepolitik: gute Jobs und Fachkräfte für die ökologische Wende

Für den ökologischen Umbau der Wirtschaft, den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Digitalisierung und den steigenden Pflegebedarf braucht es genügend qualifizierte Fachleute. Damit der soziale und ökologische Umbau gelingt, braucht es Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme. Eine clevere Klimaindustriepolitik setzt auf gute und sichere Jobs. Die GRÜNEN fordern u.a.:

- Aus- und Weiterbildungs- sowie Umschulungsprogramme im Energie-, Bau- und Installationsgewerbe.
- 300-Millionen-Programm «Bildungsgutscheine» mit Fokus auf ältere, bildungsfernere Personen und Menschen mit Migrationshintergrund.
- Berufliche Integration von Geflüchteten und vorläufig Aufgenommen (Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit, Zugang zu Berufsbildung, Verbesserung Diplomanerkennung).



Soziale Netze stärken – Armut bekämpfen

134'000 Kinder leben heute in der Schweiz in Armut, 1.24 Millionen Menschen sind von Armut betroffen. Steigende Wohnkosten und Krankenkassenprämien stellen Armutsgefährdete, aber zunehmend auch Personen aus dem Mittelstand, besonders (alleinerziehende) Familien vor finanzielle Probleme. Die GRÜNEN fordern u.a.:

- Armut bekämpfen dank besserer sozialer Absicherung (Ergänzungsleistungen für Familien) und sichere Renten im Alter für Frauen und Männer (u.a. mit einer 13. AHV-Rente).
- Schutz vor Entlassung bei Elternschaft und Absicherung des (mehrheitlich) betreuenden Elternteils bei einer Scheidung oder Trennung.
- Flächendeckendes Angebot an Tagesschulen, bezahlbare und gute Kindertagesstätten und einen Elternurlaub.

Grüne Kraft für Lohngleichheit und Gleichstellung der Geschlechter

Der grosse feministische Streik am 14. Juni 2023 hat eindrücklich gezeigt, dass es mit der Umsetzung der Gleichstellung rascher vorangehen muss. Die GRÜNEN als Gleichstellungskraft fordern u.a.:

- Verbindliche und transparente Lohngleichheitsanalysen und -kontrollen für alle Betriebe, wie dies die EU jüngst beschlossen hat.
- Kampagnen gegen geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz, Prävention von Femiziden.
- Einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 25 Franken pro Stunde für alle Branchen, flächendeckend Gesamtarbeitsverträge und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Pflege und Betreuung.



GENUG FÜR DIE NÄCHSTEN GENERATIONEN

Magdalena Erni, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende,

Bei uns in der Küche haben wir einen Wandschrank und an diesem Wandschrank, da hängen viele Sticker zu unglaublich vielen, wichtigen politischen Baustellen. Tagtäglich schaue ich die Sticker an. Dabei hat einer sich bei mir besonders eingebrannt. Darauf steht: «One planet – ten years worth fighting». Es ist ein Sticker, den die Jungen Grünen für die Nationalratswahlen von vor vier Jahren produziert haben und dessen Inhalt das Netto-Null 2030-Ziel anspricht. Dieses Ziel ist essenziell, damit die Schweiz ihre historische Verantwortung einhält und dadurch ihren Teil zu einer gerechten globalen Klimapolitik beiträgt.

Vier Jahre sind vergangen, seit dieser Sticker produziert worden ist. Vier Jahre sind vergangen, in denen viel, ja wirklich viel zu wenig getan wurde, um dieses Ziel zu erreichen. Nun bleibt uns noch die kommende Legislatur, nun bleiben uns noch vier Jahre, um diese so bitter notwendige Wende zu vollziehen.

Ein wichtiges Instrument hierzu haben wir dem Parlament bereits mit auf den Weg gegeben: Als Junge Grüne reichten wir im vergangenen Februar unsere Umweltverantwortungsinitiative ein. Diese fordert, dass die Schweiz zehn Jahre nach ihrer Annahme die planetaren Grenzen einhält. Die planetaren Grenzen sind ein wissenschaftliches Konzept, welches die Belastungsgrenzen unserer Erde misst. Dazu gehören unter anderem die Klimaerwärmung, der Biodiversitätsverlust und der Wasserverbrauch. Weltweit sind bereits mindestens vier von neun Belastungsgrenzen überschritten. Bei einem Überschreiten erhöht sich das Risiko für eine Beeinträchtigung des Erdsystems und somit unserer Lebensgrundlage. Bei Grenzen wie dem Klima oder der Biodiversität drohen wir ausserdem Kippunkte zu überschreiten, an welchen Veränderungen in den Ökosystemen unumkehrbar werden. Die GRÜNEN wollen deshalb in der kommenden Legislatur die Umweltverantwortungsinitiative erfolgreich zur Abstimmung bringen. Damit bis in zehn Jahren die Treibhausgasemissionen, der Biodiversitätsverlust, der Wasserverbrauch, die Bodennutzung sowie der Stickstoff- und Phosphorausstoss auf ein planetar verträgliches Mass reduziert werden. Jetzt ist die Zeit zum Handeln – die Politik muss ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür braucht es grüne und junggrüne Parlamentarier*innen im National- und Ständerat.

Ich will es gar nicht verheimlichen: Das Einhalten der planetaren Grenzen fordert radikale Veränderung in unserer Art zu wirtschaften und zusammenzuleben und es braucht ein Demokratie-Update. Es ist beispielsweise zentral, dass wir auch die jungen Menschen, die noch am längsten von den heute gefällten Entscheidungen betroffen sind, in die politischen Prozesse einbinden. So werden wir uns auch in der kommenden Legislatur fürs Stimmrechtsalter 16 einsetzen.

In unserem Alltag leben Menschen aus einer Vielzahl von Kulturen und Lebensgeschichten. Rund ein Viertel unserer Bevölkerung hat keine politischen Rechte und kann entsprechend bei all den zukunftsstragenden Entscheiden, die uns bevorstehen, nicht mitsprechen. Wir GRÜNE fordern, wer hier lebt, soll ein Grundrecht auf Einbürgerung haben. Wer als Migrant*in in die Schweiz kommt oder als



Ausländer*in in der Schweiz geboren wurde, der*die soll nicht in einem prekären Ausländer*innen-Status verharren oder gar als Sans-Papier sein*ihr Leben verstecken müssen. Die Demokratie-Initiative die diesen Frühling lanciert worden ist, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Auch für Menschen mit Behinderung soll eine volle und selbstbestimmte Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gewährleistet werden. So fordert es beispielsweise auch die kürzlich lancierte Inklusions-Initiative. Wir GRÜNE wollen die politische Partizipation von Menschen mit Behinderung ermöglichen: durch das Wahlrecht für Menschen mit umfassender Beistandschaft aber beispielsweise auch durch das Bereitstellen von Informationen in leichter Sprache.

Wagen wir es, in der kommenden Legislatur, die Vielfalt unserer Gesellschaft als Bereicherung anzusehen und gemeinsam die notwendige Wende hin zu mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit einzuläuten.



FÜR DEN «GREEN CHANGE» IM STÖCKLI

Bernhard Pulver, Ständeratskandidat

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist Zeit für einen Change, auch im Ständerat. Mit Flavia Wasserfallen und mir kandidiert ein Duo, welches für grüne, soziale und gleichstellungspolitische Anliegen im Parlament viel bewirken kann.

In den nächsten Jahren muss es gelingen, Mehrheiten zu erreichen

- für den dringend nötigen «Green Change», für Klimaschutz, für die Biodiversität
- für den sozialen Ausgleich, den Schutz der Benachteiligten, für den service public
- für Demokratie, den Dialog und eine liberale Gesellschaft.

Die nächsten Jahre werden für den Erhalt unserer langfristigen Lebensgrundlagen entscheidend sein. Es gilt aber auch, einen drohenden Backlash gegen gesellschaftliche und soziale Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu verhindern.

Ich will meinen Beitrag dazu leisten. Für mich persönlich bedeutet die Kandidatur für den Ständerat, dass ich bereit bin, meine nun 40jährige politische Erfahrung auf Bundesebene einzubringen. Es ist mir in meiner politischen Arbeit immer wieder gelungen, namentlich als Regierungsrat, Mehrheiten für meine Anliegen zu schaffen. Dies unter anderem, indem ich auch politisch Andersdenkenden zuhöre und analysiere, welche ihrer berechtigten Anliegen in eine Lösung eingebaut werden können. Mein erworbenes Können möchte ich gerne für unser Land einsetzen.

Im Vordergrund steht für mich der «Green Change». Wir brauchen dringend Lösungen für Klimaschutz und die Erhaltung von Biodiversität. Dazu wurde nun von meinen Vorredner*innen schon einiges gesagt.

Von meiner Seite nur noch so viel: Klimaschutz und Erhaltung von Biodiversität sind heute technisch und ökonomisch möglich. Wirtschaftlich sind sie für die Schweiz eine Chance, gesellschaftlich ermöglichen sie mehr Lebensqualität. Nun gilt es, für diesen Change politisch tragfähige Wege zu finden. Einiges wurde von den eidgenössischen Räten in der letzten Legislatur aufgegleist und das stimmt mich optimistisch. Ich möchte zu einer konstruktiven und mehrheitsfähigen Lösungssuche meinen Beitrag leisten.

Soziale Themen sind dabei zentral – denn die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben auch Verlierer*innen generiert. Für sie braucht es Lösungen, wenn wir den «Green Change» schaffen wollen und die Demokratie erhalten wollen.

Ohne sozialen Ausgleich wird der Change also nicht gelingen. Ich stehe ganz klar für eine soziale Politik.



Als Regierungsrat habe ich den zuvor abgeschafften zuverlässigen Lohnaufstieg für Lehrerinnen und Lehrer und das Staatspersonal wieder eingeführt und eine personalfreundliche Sanierung der kantonalen Pensionskassen erreicht. Ich habe gezeigt, dass ich Verbesserungen für die Arbeitnehmenden nicht nur als Forderung vor den Wahlen, sondern ganz konkret in meiner politischen Arbeit anpacke und weiss, wie man auch in einem bürgerlichen Parlament Mehrheiten finden kann.

Als Präsident eines öffentlichen Spitals erlebe ich heute tagtäglich, welche konkreten Folgen der Tarifdruck hat, welcher die schweizerische Gesundheitspolitik auf Ärzt*innen, Pschiater*innen und Spitäler ausübt. Es fehlt an Geld für die Lohnentwicklung der Mitarbeitenden und die Umsetzung der Pflegeinitiative, für die Kindermedizin oder für die Forschung. Die Ursachen dieser Probleme kann ich nur in der schweizerischen Politik angehen, als Spitalpräsident muss ich mich hingegen an die ökonomischen Vorgaben der Politik halten.

Deshalb möchte ich auf Bundesebene die wahren Probleme der Gesundheitspolitik thematisieren: die Unterfinanzierung von Haus- und Kinderärzt*innen, der Psychiatrie oder der Spitäler und die unsozialen Kopfprämien. Das Schweizer Gesundheitswesen hat nicht ein Kostenproblem, sondern ein Finanzierungsproblem. Die Kosten des Gesundheitswesens sind in den letzten 25 Jahren etwa halb so stark gewachsen wie die Krankenkassenprämien und das Wachstum hat sich stetig verlangsamt. Das Problem ist, dass ein immer grösserer Anteil am Gesundheitswesen durch Prämien finanziert, was den unteren Mittelstand belastet. Wir sollten deshalb die Finanzierung durch die unsozialen Kopfprämien ändern und nicht durch falschen Tarifdruck und Ökonomisierung eines der grössten auch wirtschaftlichen Potenziale unseres Landes, unser erstklassiges Gesundheitswesen kaputt machen.

Für mich zentral ist eine liberale Gesellschaftspolitik. Es ist enorm, wie sich die Schweiz in diesem Bereich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Gleichstellung und Diversity sind zentraler Bestandteil meiner politischen DNA.

Als Regierungsrat habe ich 2008 mit einer Gesetzesrevision die flächendeckende Einführung von Tagesschulen realisiert. Bern ist mit seinen Tagesschulangeboten heute schweizweit führend. Ich möchte mein Engagement für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf Bundesebene weiterführen und mich für eine zuverlässige Förderung und Mitfinanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch den Bund einsetzen.

Als Schwuler engagiere ich mich seit Jahrzehnten für die rechtliche Gleichstellung der Lebensformen – schon zu einer Zeit, als die Ehe für alle noch in weiter Ferne lag. Auch auf Bundesebene werde ich mich gegen Diskriminierung und für die Menschenrechte einsetzen und deshalb unterstützen mich auch Organisationen aus dem LGBTIQ+-Bereich. Es ist wichtig, dass auch im Ständerat mindestens ein Mitglied offen queer lebt.

Noch ein letzter Punkt, der für mich persönlich ganz zentral ist: In der Europa-Politik müssen wir in der kommenden Legislatur klare und mutige Schritte hin zu einer institutionalisierten Zusammenarbeit mit der EU machen. Es war ein kapitaler Fehler, wie der Bundesrat das gute Rahmenabkommen mit der EU ohne Not opferte. Die Zukunft der Schweiz als Innovations-, Wirtschafts- und Forschungsplatz ist auf geregelte Beziehungen mit der EU angewiesen. Dazu wurde schon einiges gesagt. Für mich ist es ein absolut zentrales Thema.